

übersetzen (S. 529), ist die „prasa gadzinowa“ gewiss nicht angemessen mit „Otterngezücht-Zeitungen“ wiederzugeben (S. 532), sind die „obwiepolacy“ keine „Quasipolen“ (S. 533), ist ein „szczep“ kaum ein „Wappen“ (S. 536), sind „Hetmani“ keine „Hetmänner“ (S. 549) und ist die PAU nur mit ähnlicher sprachlicher Verrenkung eine „Polnische Akademie des Könnens“ (S. 552).

Besonders an Bolesław Piaseckis Biogramm wird deutlich, dass die politikgeschichtlich stabil legitimierte Konzentration auf die Jahre 1926–1939 bei der Erschließung und Rekonstruktion des polnischen Nationalismus in dessen ideologischer, aber auch ästhetischer Dimension zu Verkürzungen führen muss. So wie Piasecki eine muntere Karriere in der PRL gemacht hat, so vertreten auch ein Gałczyński, selbst ein Miłosz – die in dieser Darstellung zumindest phasenweise in nationalistischen Denkhorizonten der Erwähnung wert gewesen sind – nach 1939 und natürlich besonders nach 1945 die ästhetisch-literarische Entwicklung Polens aus der Zwischen- in die Nachkriegszeit hinein. Wie relevant diese Kontinuitätslinien sind, bemerkt Schmid selbst anlässlich seines Verweises auf den romantisch-nationalistischen *backlash* infolge der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (S. 10). Das Buch ist gerade unter diesem Blickpunkt als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlich kulturwissenschaftlich-integrativen Erforschung und Darstellung polnischer Geistesgeschichte zu betrachten. Der gleichsam modulartige Aufbau des Sammelwerkes (dem auch ein Personen- und Ortsregister spendiert wurden) ermöglicht nicht zuletzt eine gewiss sehr fruchtbare Verwendung in der akademischen Lehre; bei aller vorgebrachten Kritik vermögen Ulrich Schmid und seine Mitautoren in diesem doch sehr reichhaltigen und anspruchsvollen Problemaufriss wertvolle Impulse zu geben. Es wäre ein Glücksfall, würde sich einer der sicherlich zahlreichen Leser des Buches, davon zugleich inspiriert und herausgefordert, dereinst als Verfasser jenes kulturwissenschaftlichen Standardwerks zur polnischen Zwischenkriegszeit erweisen, dessen nicht nur die Fachwissenschaft dringend bedarf.

Christian Prunitsch, Dresden

Per Andres Rudling: The Rise and Fall of Belarusian Nationalism 1906–1931, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press 2015, 436 S.

Noch in den 1990er Jahren haben renommierte westliche Historiker und Politikwissenschaftler die Existenz einer weißrussischen Nation in Zweifel gezogen bzw. diese als ein künstliches Konstrukt angesehen, das seine Entstehung nur der sowjetischen bürokratischen Planung verdankte. Heute ist Weißrussland, oftmals als letzte Diktatur Europas tituliert, das einzige Land in Europa, das eine Exilregierung hat.

Warum unterscheidet sich die politische Landschaft Weißrusslands so sehr von der seiner Nachbarn? Wie lassen sich der vergleichsweise schwach ausgeprägte Nationalismus und das geteilte historische Gedächtnis erklären? Warum gibt es heute ein unabhängiges Weißrussland und wie ist dieser Staat entstanden? Das ist ein Teil jener Fragen, auf die Per Andres Rudling in seiner Monografie Antworten zu geben versucht.

Die Herausbildung des modernen weißrussischen Nationalismus fand unter äußerst schwierigen Bedingungen statt (sieben Jahre Krieg und Besatzung, Massenumsiedlungen der Bevölkerung, Teilung der weißrussischen Gebiete) und war durch die politische Kon-

kurrenz zwischen Polen, Litauen und der Sowjetunion geprägt, von deren Unterstützung sie abhing. Die weißrussischen Nationalisten hatten nicht nur mit der Zensur, den Behörden und konkurrierenden nationalen Bewegungen zu kämpfen, sondern wurden zunächst auch von breiten Massen des eigenen Volkes ignoriert (S. 63). Vor diesem Hintergrund konnte das nationale Projekt nur unter günstigen Rahmenbedingungen und mit Unterstützung von außen gelingen.

In den Jahren 1915–1918 entwickelten sich der östliche und der westliche Teil Weißrusslands mit unterschiedlichen Voraussetzungen: In seinem westlichen Teil stellten die deutschen Behörden die weißrussische Sprache rechtlich dem Polnischen und Litauischen gleich, um das Russische aus dem alltäglichen Sprachgebrauch zu verdrängen. Die national orientierte Elite nutzte diese vergleichsweise günstigen Bedingungen, um weißrussische Schulen einzurichten. Im Gegensatz dazu war die Bevölkerung der unter russischer Kontrolle stehenden weißrussischen Gebiete intensiver Propaganda ausgesetzt, die die Weißrussen zu einem Teil der russischen Nation erklärte.

Die Idee, einen unabhängigen weißrussischen Staat zu gründen, entstand als Reaktion auf das Handeln der Nachbarn. Die Entscheidung des Litauischen Staatsrats (Taryba), die litauische Staatlichkeit auf die ethnisch litauischen Gebiete zu begrenzen, durchkreuzte die Pläne der weißrussischen Politiker für eine (Wieder-)Errichtung des Litauisch-Weißrussischen Staates und beschleunigte ebenso wie die Unabhängigkeitserklärungen der Ukraine, Lettlands und Litauens die Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik (BNR) (wenn auch zunächst in Föderation mit Russland).

Durch den Friedensvertrag von Brest-Litovsk kam 1918 ganz Weißrussland unter deutsche Kontrolle. Die deutsche Heeresleitung erlaubte zwar weißrussische nationalistische Aktivitäten, zog aber zu keinem Zeitpunkt ernsthaft die Anerkennung eines unabhängigen Staates in Erwägung.

Nicht einmal ein Jahr nach Ausrufung der Weißrussischen Volksrepublik proklamierten die Bolschewiki am 1. Januar 1919 auf etwa dem gleichen Territorium die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (SSRB), die wenige Wochen später mit der Litauischen Sowjetrepublik zusammengelegt wurde, bevor schließlich 1920 erneut eine eigene Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland errichtet wurde. Durch den Friedensvertrag von Riga (März 1921) wurden die weißrussischen Gebiete offiziell zwischen Polen und der Sowjetunion geteilt. Auf beiden Seiten der Grenze beteiligten sich jetzt weißrussische Aktivisten am Prozess der Schaffung von Nationalmythen und der nationalen Mobilisierung.

In der WSSR sorgte die sowjetische Nationalitätenpolitik fast im gesamten Verlauf der 1920er Jahre für eine vergleichsweise günstige Ausgangslage. Mit der Gründung weißrussischer Institutionen wie der Nationalen Akademie der Wissenschaften Weißrusslands oder der Weißrussischen Staatlichen Universität, in denen Weißrussisch die offizielle Arbeitssprache war, konnten einige Kernziele der Nationalisten realisiert werden. So entstand entsprechend der Leninschen Formel „National in der Form. Sozialistisch im Inhalt“ ein weißrussischer National-Kommunismus.

Bildungs- und Verlagswesen wurden ebenso wie die lokale Verwaltung recht schnell von der russischen auf die weißrussische, jiddische und polnische Sprache umgestellt. Aber dieser linguistische Nationalismus blieb für die Massen, die größtenteils an ihren vormodernen lokalen und religiösen Identitäten festhielten und sich selber als „Hiesige“, Orthodoxe, Katholiken oder Polen bezeichneten, eine abstrakte Neuerung. Die aufgezwungene moderne

„nationale“ Identität bedeutete für die Bewohner der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik einen abrupten Bruch mit ihrer vormodernen Vergangenheit. *De facto* versuchten die weißrussischen nationalen Aktivisten und die Bolschewiki, diese neue ethnolinguistische Identität der im Grenzgebiet vorherrschenden prämodernen religiösen Identität überzustülpen.

Durch die Zusammenlegung des Territoriums der WSSR mit zuvor westrussischen Gebieten in den Jahren 1924 und 1926 wuchs deren Bevölkerung auf das Dreifache. Diese Politik war für die national eingestellte Intelligenz im Ausland allerdings attraktiver als für die Bevölkerung der aus dem Bestand der RSFSR herausgelösten Gebiete, deren Wünsche in keiner Weise berücksichtigt wurden. Zahlreiche russischsprachige Stadtbewohner wurden offiziell zu Weißrussen erklärt und den gleichen Formen der Weißrussifizierung unterzogen wie die weißrussischsprachige Bevölkerung in der Gegend um Minsk (S. 162). Die Opposition gegen die Weißrussifizierung richtete sich vor allem gegen die angeblich künstliche Natur der weißrussischen Sprache, während die russische Sprache von vielen mit Modernisierung, Fortschritt und sozialer Mobilität assoziiert wurde.

Während die Sowjetregierung Millionen Menschen zu Weißrussen machte, schlug die polnische Regierung einen großen Teil derer, die sich bei der Volkszählung mit isolierten, lokalen Gesellschaften, ihrer Religion, Dialekten und lokalen Traditionen identifizierten, den Polen zu, um so die weißrussische Komponente im polnischen Staat bewusst zu senken. Dies galt umso mehr, als die Polen die Polonisierung als zivilisatorische Mission und dementsprechend völlig natürlichen und geradezu zwangsläufigen Prozess ansahen.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage ließ im östlichen Grenzgebiet Polens die Sympathien für die UdSSR, für die Kommunistische Partei Westweißrusslands und die mit dieser verbundenen Gruppen und Parteien wachsen. Die in der WSSR betriebene Weißrussifizierungspolitik stärkte auch unter den westlichen Weißrussen das nationale und politische Selbstbewusstseins und bot einen starken Anreiz für nationale Aktivitäten. Seinen Höhepunkt erreichte der weißrussische politische Aktivismus in Polen 1926, als die so genannte Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung (Belaruskaja sjaljanska-rabotnickaja-gramada / BSRG) sich zu einer Massenbewegung mit 160 000 Mitgliedern entwickelte, nach den Zahlen der polnischen Volkszählung entsprach dies etwa 15% der weißrussischen Bevölkerung Polens. Damit erreichte die nationale Mobilisierung das dritte Stadium der Entwicklung einer nationalen Bewegung (Stadium C nach Miroslav Hroch), während derer die nationale Bewegung von weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird und die nationale Agenda politische Früchte trägt.

Die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung war eine Bewegung des linksgerichteten Nationalismus, deren Führer Mitglieder der illegalen Kommunistischen Partei Westweißrusslands (Kommunističeskaja partija Zapadnoj Belorussii) waren und für die Vereinigung Weißrusslands auch durch Anschluss an die WSSR kämpften. Auch wenn sie von Seiten der UdSSR materielle und ideologische Unterstützung erhielten, folgten die Führer der Weißrussischen Arbeiter- und Bauernvereinigung nicht blind den Vorgaben aus Minsk und Moskau sondern hatten ihre eigene Agenda und eigene Ambitionen, die nur zu Teilen mit denen von Minsk oder Moskau zusammenfielen (S. 199).

Auch im östlichen Weißrussland erreichte die nationale Mobilisierung nach Einschätzung Rudlings im Jahr 1927 das dritte Stadium der Entwicklung hin zu einer nationalen Bewegung.

Die autoritären Putsche in Polen und Litauen im Jahr 1926 und der Machtzuwachs Stalins im Folgejahr änderten die regionale Dynamik und ließen ein durchaus begründetes gegenseitiges Misstrauen entstehen. Von Anfang 1927 an gingen die polnischen Behörden aktiv gegen die Weißrussische Arbeiter- und Bauernvereinigung vor, verurteilten deren Führer zu langjährigen Haftstrafen und ergriffen auch sonst effektive Maßnahmen, um die Mobilisierung der weißrussischen Nationalbewegung zu stoppen. Nach 1930 gab es in Polen keine nennenswerten weißrussischen nationalistischen Organisationen mehr, die die Politik der Warschauer Regierung hätten herausfordern können. Eine Reihe weißrussischer nationaler Politiker verließ Warschau in Richtung Minsk.

In der Sowjetunion führten die mit der Machtkonsolidierung Stalins einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen zur Zerschlagung des weißrussischen National-Kommunismus. In den Jahren 1930/31, 1933 und 1937/38 rollten drei Terrorwellen über das Land, die sich vor allem gegen die politischen und intellektuellen Führer der 1920er Jahre richteten, darunter auch jene, die aus dem westlichen Weißrussland gekommen oder aus der Emigration zurückgekehrt waren. Die weißrussische nationale Mobilisierung fand ein jähes Ende bzw. wurde – wie es der Autor ausdrückt – zu einer in russischer Sprache erfolgenden Modernisierung sowjetischen Typs reorganisiert.

Per Andres Rudling stützt sich in seiner Studie auf die Theorien der Konstruktivisten und dabei vor allem auf Hrochs Modell der Nationenbildung. Es bleibt allerdings unklar, warum er das Jahr 1906 als Ausgangspunkt für das Anfangsstadium der Nationenbildung wählt, obwohl die just in diesem Jahr erfolgte Gründung der weißrussischsprachigen Zeitung „Naša niva“ faktisch den Beginn der Massenpropaganda und Mobilisierung markierte – mithin Stadium B nach Hroch.

Ein weiterer strittiger Punkt besteht darin, dass die Weißrussen – und zwar nicht nur die breiten Volksmassen, sondern auch die weißrussischen nationalen Aktivisten – fast durchgängig als Spielfiguren in einem fremden Spiel gezeichnet werden. So betont der Autor gleich mehrmals, dass erst die Weißrussifizierungs- und Einwurzelungspolitik die nationalen Kommunisten dazu ermunterte, eine immer unabhängigere Position gegenüber Moskau einzunehmen. Fakten, die diese These stützen könnten, bleibt der Autor allerdings schuldig.

Auch war es wohl weniger die Kriegsgefahr, die 1927 „die Sowjetbürger zwang, sich als Anhänger oder Gegner des Regimes zu positionieren“ (S. 287), sondern vielmehr das Regime, das sich vor dem Hintergrund dieser Kriegsgefahr dafür interessierte, die öffentliche Meinung zu ermitteln, und dadurch den Historikern eine erhebliche Menge Dokumente hinterließ, die die Stimmungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit der erörterten Kriegsgefahr charakterisieren.

Nicht ganz überzeugend wirkt auch die Tendenz, die gesamte Politik der Weißrussifizierung auf eine reine Effekthascherei zu reduzieren. So schreibt Rudling:

„Die Weißrussifizierung wurde zur bürokratischen Kategorie der Klassifizierung, die mehr durch außenpolitische Interessen als durch die aktuellen Interessen der einfachen Bürger motiviert war. Infolge der Zerschlagung des organisierten weißrussischen Nationalismus im westlichen Weißrussland durch die Rückkehr Pilsudskis an die Macht, verlor der „Weißrussische Piemont“ seinen Nutzen. Im Gegenteil machte die Rückkehr zum Prometheismus die weißrussischen National-Kommunisten in den Augen der Sowjetregierung verdächtig“ (S. 242).

Es ist doch anzunehmen, dass die Abkehr von der Weißrussifizierungspolitik in erheblichem Maße durch innenpolitische Gründe und die allgemeine Entwicklung des Regimes der Bolschewiki in den 1930er Jahren motiviert war.

Das Buch enthält überdies einzelne Fehler. So wurde etwa 1840 die Bezeichnung „Weißrussland“ nicht gänzlich verboten wie Rudling behauptet (S. 34), lediglich aus dem offiziellen Namen dieser Länder entfernt, um deren Zugehörigkeit zu Russland zu unterstreichen. Außerhalb offizieller Dokumente waren die Begriffe „Weißrussen“ oder „weißrussische Rede“ auch weiterhin gebräuchlich. Auch nennt Rudling unter den in den 1920er Jahren nach Weißrussland zurückgekehrten Remigranten zu Unrecht die bekannten weißrussischen Schriftsteller Janka Kupalu und Jakub Kolas (S. 200).

Des Weiteren betont Rudling, dass Aufstieg und Fall der weißrussischen Nationalbewegung maßgeblich von nicht-weißrussischen Akteuren bestimmt wurden, denen Weißrussland nur als Grenz- und Pufferzone zwischen mächtigen Konkurrenten diene. Der Nationalismus trat spät in Erscheinung, blieb auf eine relativ kleine Elite beschränkt und wurde in seinen frühen Stadien niedergehalten. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass es just die in dieser Zeit gelegten Fundamente waren, die Weißrussland 1991 erlaubten, ein selbstständiger Staat zu werden. Und auch der Autor selbst merkt an, dass sich die aktuellen Machthaber in der Nachfolge der WSSR sehen, während die Weißrussische Volksrepublik eine zentrale Rolle im historischen Gedächtnis der weißrussischen Diaspora und eines erheblichen Teils der Opposition spielt.

Selten stellt die Geschichte Weißrussland ein Forschungsthema westlicher Historiker dar.¹ Allein schon aus diesem Grund weckt die vorzustellende Arbeit Rudlings größtes Interesse. Zugleich handelt es sich bei diesem Buch weitgehend um eine Synthese der zum heutigen Tag vorliegenden Arbeiten weißrussischer Historiker. Zu einem gewissen Grad ist es die Übertragung und Integration der weißrussischen Historiografie in einen größeren Zusammenhang. Nichtsdestotrotz schmälert die Tatsache, dass bereits zahlreiche Publikationen zu diesem Thema vorliegen, in keiner Weise die Bedeutung von Rudlings Buch, da in diesen Arbeiten die Aufmerksamkeit auf enger gefasste Fragen des Werdens und der Entwicklung des weißrussischen Nationalismus gelegt und engere Zeiträume beleuchtet werden. Dies erlaubt zweifellos eine tiefere Analyse, engt jedoch die Perspektive ein. Rudling

1 Zu erwähnen sind vor allem die folgenden Bücher: Nicholas P. Vakar: *Belorussia: the Making of a Nation*, Cambridge, MA 1956; Ivan S. Lubachko: *Belorussia under Soviet Rule, 1917–1957*, Lexington, KY 1972; Jan Zaprudnik: *Belarus: At A Crossroads in History*, Colorado 1987; David Marples: *Belarus From Soviet Rule to Nuclear Catastrophe*, London 1996; David Marples: *Belarus: A Denationalized Nation*, Amsterdam 1999; Grigory Ioffe: *Understanding Belarus and How Western Foreign Policy Misses the Mark*, Lanham, MD u.a. 2008; Nelly Bekus: *Struggle Over Identity: The Official and the Alternative „Belarusianness“*, Budapest 2010; Andrew Wilson: *Belarus: The Last European Dictatorship*, New Haven, CT u.a. 2011; Brian Bennett: *Belarus: The Last Dictatorship in Europe*, London 2011; David Marples: *Our Glorious Past: Lukashenka's Belarus and the Great Patriotic War*, Stuttgart 2014; Grigory Ioffe's: *Reassessing Lukashenka: Belarus in Cultural and Geopolitical Context*, Basingstoke u.a. 2014; Andrew Savchenko: *Belarus – a Perpetual Borderland*, Leiden u.a. 2009.

Viel Beachtung fand auch die Arbeit der polnischen Historikerin Dorota Michaluk über die Weißrussische Volksrepublik. Dorota Michaluk: *Białoruska Republika Ludowa 1918–1920. U podstaw białoruskiej państwowości [Weißrussische Volksrepublik 1918–1920. Grundlagen der weißrussischen Staatlichkeit]*, Toruń 2010.

hingegen betrachtet den weißrussischen Nationalismus im regionalen Kontext und zeichnet die Entwicklung der Bewegung unter unterschiedlichen Bedingungen nach. Gezeigt wird die Interaktion und gegenseitige Abhängigkeit der Aktivitäten der weißrussischen Nationalisten auf beiden Seiten der Grenze nicht nur in Bezug zueinander, sondern auch gegenüber Dritten. Ohne Zweifel wird die Arbeit für alle, die die Geschichte Weißrusslands und des weißrussischen Nationalismus erforschen, sehr nützlich sein.

Irina Romanova, Vilnius

Ulrike Huhn: Glaube und Eigensinn – Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941 bis 1960, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2014, 363 S.

Ulrike Huhn versucht in ihrer Dissertation, dem komplexen Verhältnis zwischen dem sowjetischen Staat und der offiziellen Russischen Orthodoxen Kirche in der frühen Nachkriegszeit gerecht zu werden. Anders als die traditionelle Kirchengeschichte stellt sie dabei das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf oberster Ebene nicht in den Mittelpunkt, sondern fragt nach den Auswirkungen und Wahrnehmungen dieses Verhältnisses im lokalen Kontext. Sie bezieht sich auf die gläubige Landbevölkerung, die trotz Zwangskollektivierung und intensiver anti-religiöser Propaganda dem althergebrachten Glauben weiterhin eine Rolle zusprach. Allerdings stehen ihr keine Ego-Dokumente zur Verfügung, die über diese Thematik Auskunft geben können. Stattdessen extrahiert Huhn relevante Informationen aus Archivquellen, allen voran aus den zunächst noch vierteljährlich verfassten Berichten der regionalen Bevollmächtigten des 1943 eingerichteten Rats für Kirchenangelegenheiten. Obwohl diese Berichte von religiös unterschiedlich gesinnten Funktionären und teilweise im sowjetischen Duktus verfasst wurden, erschafft Huhn daraus ein zusammenhängendes Bild ländlich gelebter Religiosität in der Sowjetunion der Nachkriegszeit. Dieses Bild wird sehr plastisch dargestellt durch die Kontextualisierung mit verschiedenen Detailstudien und durch weitläufige intertextuelle Bezugnahmen. Das Gesamtbild, das die Verfasserin dabei entwickelt, ist ein überaus komplexes Verflechtungsgefüge voller Fallstricke und (explizit gewünschten) Unklarheiten. Ihr Fazit ist dann auch, dass „einfache, aber häufig anzutreffende Deutungsschablonen von Frömmigkeit und Renitenz auf der einen und staatliche Repressionen gegen die Kirche auf der anderen Seite zu kurz greifen und der Komplexität von Motiven und Verhaltensweisen nicht gerecht werden.“ (S. 325)

Das Buch ist in acht Kapitel mit jeweils unterschiedlichen Fokussierungen weitgehend chronologisch unterteilt. Im einleitenden Kapitel (S. 9-34) wird ein Forschungsüberblick geboten, die Quellenlage erörtert und Kritik am Konzept der Volksfrömmigkeit geübt. Diese sei in der bisherigen Theoriebildung oft als Gegenstück zur institutionalisierten und „offiziellen“ Religion konzipiert, was Huhn zufolge zu kurz greift, insbesondere in dem von ihr untersuchten Kontext. Alf Lüdtkes Konzept vom „Eigen-Sinn“ wird von ihr als besser geeignetes Instrument eingeführt, um zu verdeutlichen, dass es sich nicht um einen kollektiv wahrgenommenen Widerstand handelt, sondern um Aushandlungsprozesse zwischen Herrschenden und Beherrschten, in denen versucht wurde, Grenzen und Deutungen neu festzulegen.¹

1 Vgl. Alf Lüdtke: *Eigen-Sinn: Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik bis in den Faschismus*, Hamburg 1993.